

## Myanmar im Umbruch - "Die Lady" und ihr Wahlsieg

Am 8. November 2015 fanden in Myanmar Parlamentswahlen statt. Dies waren die zweiten landesweiten Wahlen seit Verabschiedung der Verfassung von 2008 – dieses Mal mit Beteiligung der *National League for Democracy* (NLD). Nach Auszählung der Stimmen für alle gewählten 1.171 Sitze (168 im Oberhaus, 330 im Unterhaus, 673 in Regional-Parlamenten) zeigte sich, dass die NLD im Unter- und Oberhaus (und damit im Unionsparlament) eine beeindruckende absolute Mehrheit von fast 80 Prozent erreichen konnte und somit auch den Präsidenten/die Präsidentin stellen können wird. Bislang wurden die Wahlen von internationalen und lokalen Wahlbeobachtern als Erfolg bezeichnet. Frau Aung San Suu Kyi (ASSK), die Tochter des Helden der Unabhängigkeitsbewegung Burmas, General Aung San (1915-1948), Friedensnobelpreisträgerin von 1991 und Ikone der Demokratiebewegung, die von allen "The Lady" genannt wird, hat mit ihrem überwältigenden Wahlsieg die kühnsten Erwartungen, auch ihrer eigenen Parteifreunde und fast aller politischen Beobachter, übertroffen.

### Hintergrund

In Myanmar konnten seit der Machtübernahme des Militärs in den Jahren von 1962 bis 1990 keine demokratischen Wahlen stattfinden. Zuvor (1951, 1956, 1960) und in der jüngeren Geschichte (1990, 2010, 2012) konnte das Land immerhin einige Erfahrung mit der Durchführung von Wahlen sammeln. Allerdings hatte die Militärregierung 1990 den überwältigenden Wahlsieg der NLD nicht anerkannt und es blieb bei der Diktatur des Militärs. Die Wahlen 2010 waren von schweren Vorwürfen des Wahlbetrugs und der Einschüchterung von Wählern zugunsten der von den Militärs unterstützten *Union Solidarity and Development Party* (USDP) überschattet.

### Politisierung von Religion

Schon vor Beginn des Wahlkampfes zeichnete sich ab, dass Religion und Nationalismus einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Wahlen haben würden. Die schweren Unruhen im Rakhine-Staat und im Zentrum des Landes 2012 sind noch in frischer Erinnerung. Im Februar wurde durch den Präsidenten die Wahlberechtigung der Träger von *White Cards* (nicht vollwertige Personalausweise) aufgehoben, wovon besonders die muslimische Minderheit im Rakhine-Staat (ungefähr eine Million Menschen), die sich als Rohingya bezeichnen, betroffen ist. Zusätzlich lehnte die UEC die Kandidatur von über 100, meist muslimischen Kandidaten für die Wahlen ab, wonach noch rund 5.000 buddhistische, 900 christliche und 28 muslimische Kandidaten übrigblieben.

### Wahlen ohne Frieden?

Über die Beziehungen zwischen Buddhisten und Muslimen hinaus steht Myanmar weiterhin vor der Herausforderung der nationalen Versöhnung, die dem jahrzehntelangen bewaffneten Kampf zwischen Militär und verschiedenen bewaffneten ethnischen Gruppen ein Ende bereiten soll. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das am 15. Oktober unterzeichnete Waffenstillstands-abkommen (*Nationwide Ceasefire Agreement - NCA*) zwischen der Regierung von Myanmar und acht der 16 Rebellengruppen.

### Auffälligkeiten im Wahlkampf

Insgesamt verlief der Wahlkampf vom 8. September bis zum 6. November 2015, laut EU-Wahlbeobachtern, relativ ordnungsgemäß. Die meisten Veranstaltungen landesweit wurden

von USDP und NLD organisiert – die ethnischen Parteien traten am deutlichsten im Rakhine- und Shan-Staat in Erscheinung. Neben den bewaffneten Konflikten vor allem im Norden und Osten des Landes kam es vereinzelt zu Meldungen von Druckausübung durch die USDP auf Beamte und Stimmungsmache gegen die NLD von Seiten einiger Mönche.

Für Aufsehen sorgte auch ASSKs Aussage, dass sie im Falle dessen, dass sie nicht selbst Präsidentin werden könne, in einer zukünftigen Regierung ein Amt bekleiden werde, womit sie, ihrer Meinung nach, „über“ dem Präsidenten stehen würde. Gemeint war damit wohl ein Amt, von dem aus sie alle Entscheidungen des eigentlichen Staatsoberhauptes vorgeben würde. Dies nährte Befürchtungen der Presse über ein autokratisches Verhalten ihrerseits, wobei sie auch noch entgegnete, dass sie aus diesem Wunsch kein Geheimnis machen wolle.

### **Das Wahlergebnis als späte Genugtuung für „die Lady“**

Zum dominierenden Wahlerfolg der NLD ist zunächst zu sagen, dass das Mehrheitswahlrecht in Myanmar die NLD begünstigte. Die Konzentriertheit der NLD-Wähler (und der Unterstützer der ethnischen Parteien) war hier von Vorteil im Gegensatz zu der eher über die Regionen verteilten Wählerschaft der USDP. So resultierte bereits bei den Wahlen 1990 ein Stimmenanteil der NLD von weniger als 60% in 80% der insgesamt zu besetzenden Sitze. Unter der Führung von ASSK konnte die NLD schon damals auch in den ethnischen Staaten einen großen Wahlerfolg erringen, der ihr 392 von 492 Sitzen einbrachte. Auffällig ist dagegen das schwache Abschneiden der ethnischen Parteien (bis auf die SNLD).

ASSK rief bereits vor den Wahlen dazu auf, dass die Regierung das Ergebnis der Wahlen akzeptieren sollte und dass Gewinner und Verlierer weiterhin Teil des politischen Systems seien. Sie widersprach jeglichen Vorwürfen, Rache nehmen zu wollen und betonte ausdrücklich das Ziel einer nationalen Versöhnung.

### **Ausblick**

Die größte Frage, die sich nach dem Wahlerfolg der NLD und im Hinblick auf ASSKs Ambitionen auf das Präsidentenamt stellt, ist, ob es der NLD-Vorsitzenden doch noch möglich sein wird, Präsidentin des Landes zu werden. Dafür müsste Artikel 59(f) der Verfassung von 2008 geändert werden, der dies derzeit ausschließt. Hierfür müsste wiederum Artikel 436 geändert werden, der Verfassungsänderungen erst mit über 75% aller Stimmen im Ober- und Unterhaus zulässt (wobei 25% permanent vom Militär besetzt sind).

Alternative Vorgehensweisen, wie von ASSK persönlich angedeutet, die eine unmittelbare Kontrolle des Präsidenten durch ihre Persönlichkeit erahnen lassen, würden ernste Fragen zur Rolle des Amtes an sich aufwerfen.

Abgesehen von der Lösung dieses Streitpunktes wird die NLD bald mit der Übernahme der Regierungsverantwortung konfrontiert werden und muss Kompetenz beweisen. Nun müssen konkrete Politikvorschläge formuliert werden. Der durch ASSK gestärkte Zusammenhalt der Partei könnte durch ein Ausscheiden ihrerseits zu einem späteren Zeitpunkt verloren gehen und interne Spaltungen begünstigen. Zusätzliche Führungspersönlichkeiten in der NLD sind gefragt. Die USDP wird sich hingegen der schwierigen Frage stellen müssen, wie z.B. der begonnene Übergang zu einer Programmpartei – womöglich angeführt von Personen ohne hauptsächlich militärischen Hintergrund – fortgeführt werden kann und worin die Strategie für die nächsten Wahlen im Jahr 2020 bestehen soll.

Dr. Thomas Lawo